

Medienmitteilung

Bern, 2. November 2016

sgv sagt Ja zu USR III und NAF – NR Daniela Schneeberger neu im Vorstand

Die Schweizerische Gewerbekammer, das Parlament des Schweizerischen Gewerbeverbandes sgv, fasst einstimmig die Ja-Parole zur Unternehmenssteuerreform III und zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds NAF. An der Kammersitzung vom 19. Oktober 2016 wurde weiter Daniela Schneeberger, Präsidentin von Treuhandsuisse und FDP-Nationalrätin aus dem Kanton Baselland, in den sgv-Vorstand gewählt.

Die Wahl von Daniela Schneeberger in den Vorstand des Schweizerischen Gewerbeverbandes erfolgte einstimmig. Als bisheriges Mitglied der Gewerbekammer, Treuhänderin und Präsidentin von Treuhandsuisse ist Daniela Schneeberger eng mit der KMU-Wirtschaft verbunden, für die sie sich als Nationalrätin der FDP Basellandschaft auch im Bundesparlament einsetzt. Mit der Wahl von Daniela Schneeberger wird die Balance zwischen Politik- und Branchenvertretern sowie unter den Sprachregionen und den bürgerlichen Parteien ausgeglichen gehalten.

Einstimmig hat die Gewerbekammer die Ja Parole zur Unternehmenssteuerreform III beschlossen, über die am 12. Februar 2017 abgestimmt wird. Für die Schweizer KMU ist ein Ja zur Steuerreform der Schlüssel zum künftigen Erfolg des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Nur wer international gut und wettbewerbsfähig aufgestellt ist, kann Arbeitsplätze und Steuereinnahmen erhalten und weiter ausbauen. Mit der Steuerreform werden die grossen Unternehmen und die KMU künftig gleich besteuert.

Ja sagt die Gewerbekammer auch zum Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds NAF. Die Beseitigung von Engpässen und langfristig gesicherte Investitionen ins Schweizer Strassennetz sind für das Gewerbe von hoher Wichtigkeit. Nur so können die über 20'000 Staustunden pro Jahr abgebaut werden.

Weitere Auskünfte

Jean-François Rime, Präsident, Mobile: 079 230 24 03

Hans-Ulrich Bigler, Direktor, Mobile: 079 285 47 09

Die Nummer 1: Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der sgv 250 Verbände und gegen 300 000 Unternehmen.